

# Zu hohe Kosten – Stiftung zieht Reissleine für neues Pflegeheim

**Baustopp in Horgen** Der Bau des neuen Alterszentrums Tödi stockt seit einem Jahr. Nun zieht sich die Stiftung Amalie Widmer als Betreiberin überraschend zurück – das neue Pflegeheim könne so nicht rentieren.

Daniel Hitz

Es ist ein grosser Rückschlag für eines der grössten Bauvorhaben in Horgen: Die Stiftung Amalie Widmer wird das künftige Pflegeheim Tödi nicht wie geplant betreiben. Die Stiftung, die auch das Widmerheim an der Grenze zu Oberrieden betreibt, hat den Betrieb des Tödiheims im Jahr 2019 übernommen. Die Gemeinde Horgen teilte am Mittwoch mit, dass sie und die Stiftung den Zusammenarbeitsvertrag für das Tödiheim auflösen werden.

Schon seit Jahren plant die Gemeinde, das mittlerweile bereits abgerissene Tödiheim durch ein neues Gebäude zu ersetzen. 71 Betten sind im neuen Heim im Horgner Oberdorf geplant. Bauen soll es die Baugenossenschaft Zurlinden, die das Land von der Gemeinde im Bau-recht übernommen hat. Neben dem Pflegeheim sind auch rund 130 Wohnungen geplant.

Ein Teil der Wohnungen im Neu-Tödi sind bereits im Bau. Auf der anderen Seite des Areals – auf dem sich auch das künftige Pflegezentrum befinden wird – herrscht seit rund einem Jahr ein Baustopp. Weil die Kosten für die Überbauung wegen Rekursen, höheren Referenzzinssatzes und der Teuerung gestiegen sind, mussten die Verantwortlichen nochmals über die Bücher.

Wie hoch die Kosten sind, darüber herrscht Schweigen. Klar ist aber: Auch nach langen Verhandlungen fand sich keine Lösung, die allen Beteiligten passte. Die Stiftung Amalie Widmer zieht nun die Reissleine und steigt aus dem Vorhaben aus.

«Das wäre nicht seriös»

Die Wohnungen wie auch das Pflegezentrum sollen zur günsti-



Auf dieser Brache stand einst das Tödiheim. Hier soll das neue Pflegezentrum hinkommen – wer es betreiben wird, ist nun unklar. Foto: Manuela Matt

gen Kostenmiete angeboten werden. Heisst: Die Miete darf nur so viel betragen, dass die Baukosten gedeckt werden, ohne eine grössere Rendite zu erzielen. Weil die Baukosten aber gestiegen sind, steigen auch die prognostizierten Mietpreise. «Diese sind durch ein Pflegezentrum nicht mehr zu tragen», sagt Mathias Knecht, Geschäftsführer der Stiftung Amalie Widmer. Genaue Zahlen will niemand nennen. Für

Knecht ist aber klar: «Die Erträge und Aufwände eines Pflegezentrums sind relativ einfach zu kalkulieren.» Die 71 geplanten Betten würden laut Knecht unter diesen Voraussetzungen mit den hohen Mietzinsen nicht ausreichen, um das neue Tödiheim kostendeckend zu betreiben. «Eine Zusage unsererseits wäre nicht seriös gewesen.» «Wir wissen, was wir stemmen können. Aber das deckt sich

nicht mit den Erwartungen der Gemeinde», sagt Knecht. Die Stiftung habe den Vorschlag eingebracht, dass die Gemeinde Horgen einen «geringen Anteil» der Kosten übernehme und so mithilfe, das Risiko abzufedern. Das habe die Gemeinde aber abgelehnt.

Dies bestätigt die Horgner Gemeinderätin Silvia Hunziker (FDP). Sie spricht aber von einem «grossen Anteil», den die

Gemeinde hätte stemmen müssen, und nennt zwei Gründe für die ablehnende Haltung. «Einerseits wollen wir alle Altersrichtungen gleich behandeln und nicht nur eine subventionieren.»

Andererseits hat das Horgner Stimmvolk 2018 der Auslagerung der Alterspflege zugestimmt. «Diesem Volkswillen wollen wir weiter Rechnung tragen und den Betrieb des Heims weiterhin auslagern», sagt Silvia

Hunziker. Die Gemeinde sucht nun mit einer Ausschreibung einen neuen Betreiber. Bis ein solcher gefunden ist, bleibt der Bau des Pflegezentrums sistiert. «Dass es am Ende gar nicht gebaut wird, kommt nicht infrage», sagt Hunziker. Sie hofft, dass es im Juli 2024 mit der Planung weitergehen kann.

«Wir haben bereits eine Liste mit Interessenten», sagt sie. Zudem habe man den Betrieb des Pflegezentrums von einem Spezialisten prüfen lassen. «Er hat uns bestätigt, dass ein kostendeckender Betrieb möglich ist.»

**Stiftung bewirbt sich wieder**

Obwohl die Stiftung und die Gemeinde in dieser Hinsicht offenbar unterschiedlicher Meinung sind, betonen beide die gute Zusammenarbeit. An dieser wollen sie auch weiter festhalten. Das Widmerheim ist von der Vertragskündigung also nicht betroffen. Auch dieses soll in den nächsten Jahren umgebaut werden.

Auf die neue Ausschreibung für das Pflegezentrum im Neu-Tödi bewerben will sich überraschenderweise auch die Stiftung Amalie Widmer wieder. «Wir werden anbieten, was wir leisten können», sagt Mathias Knecht. Denkbar wäre für ihn auch, dass eine andere Gemeinde ohne eigenes Pflegeheim einen Anteil leistet.

Auf dem Areal Neu-Tödi soll es nun dennoch weitergehen. Während der Bau des Pflegeheims sistiert bleibt, will die Baugenossenschaft Zurlinden den Bau der restlichen Wohnungen nun vorantreiben. Bis diese in einer ersten Etappe gebaut sind, ist vielleicht auch die Zukunft des neuen Pflegezentrums im Tödi gewisser.

## Schulpflege verzichtet auf Anzeige gegen eigenes Mitglied

**Schulstreit Zollikon** Nach einer Klausur will die Schulpflege die internen Differenzen hinter sich lassen. Den politischen Parteien genügt dies nicht. Sie fordern eine öffentliche Entschuldigung.

«Fokus auf die Zukunft gerichtet» lautet die Überschrift einer Medienmitteilung, die die Schulpflege Zollikon am Dienstagabend publiziert hat. Sie markiert das scheinbare Ende eines monatelangen Konflikts, dessen Höhepunkt die Gemeindeversammlung Mitte Juni markiert hat.

Dort nahm Schulpräsidentin Claudia Irniger (FDP) erstmals im offiziellen Rahmen Stellung zu den Vorkommnissen, die im Frühling zur Kündigung von rund 25 Lehrpersonen im Schulhaus Rüterwis im Zollikerberg geführt hatten. Im Zuge dessen äusserte sie auch den Verdacht, dass ihr Schulpflegekollege Rui Biagini (GLP) behördeninterne und vertrauliche Informationen weitergegeben habe. Eine Aussage, die zu lautstarken Protesten im Gemeindegarten führte.

Nun aber scheint das Kriegsbeil – zumindest innerhalb der Schulbehörde – begraben. Wie

die Schulpflege schreibt, hat sie anlässlich einer Klausur Ende September die Zusammenarbeit der letzten Monate aufgearbeitet. «Die Schulpflege freut sich, ihre Arbeit nun wieder ausschliesslich auf die Belange der Schule und deren Weiterentwicklung zu fokussieren.»

Im Sinne einer konstruktiven Zusammenarbeit hat sich die Behörde ausserdem dazu entschieden, auf eine Strafanzeige wegen Amtsgeheimnisverletzung gegen ihr Mitglied Rui Biagini zu verzichten, wie in der Mitteilung weiter zu lesen ist. Dies, «auch wenn das Kollegialitätsprinzip aus Sicht der Gesamtheit verletzt wurde».

«Kein genügender Verdacht»

Rui Biagini selber hatte im Vorfeld der besagten Gemeindeversammlung Recherchen dieser Zeitung bejaht, wonach er einen Aufruf von Eltern, einen Brief ans kantonale Volksschulamt zu un-



Was als Zerwürfnis zwischen Lehrpersonen und Schulleitung begann, mündete in Differenzen innerhalb der Schulpflege. Foto: Michael Trost

terschreiben, in seinem Umfeld weitergeleitet hatte.

Eine Amtsgeheimnisverletzung indes begeht, wer ein Geheimnis offenbart, das ihm in seiner Eigenschaft als Mitglied einer Behörde anvertraut worden ist. Dabei handelt es sich um ein Offizialdelikt. Das heisst: Die

Staatsanwaltschaft ist verpflichtet, dem Verdacht nachzugehen, auch wenn keine Strafanzeige eingereicht wurde.

So ist es auch im vorliegenden Fall geschehen. Die zuständige Staatsanwaltschaft See/Oberland hat am 27. September jedoch die Nichtanhandnahme

des Strafverfahrens verfügt. Dies, weil kein genügender Anfangsverdacht auf eine Amtsgeheimnisverletzung des Schulpflegers bestehe.

Rui Biagini zeigt sich über den Entscheid der Staatsanwaltschaft erleichtert. Zwar habe er diesen so erwartet. Dennoch sei er froh, dass der Vorwurf der Amtsgeheimnisverletzung nun offiziell vom Tisch sei. Nun könne er sich wieder voll darauf fokussieren, die Kinder, Mitarbeitenden und Eltern der Schule Zollikon bestmöglich zu unterstützen.

Das mache er unter anderem auch als Mitglied der Findungskommission für die neue Co-Schulleitung der Schule Rüterwis. In diese wurde Biagini unlängst von seinen Schulpflegekollegen gewählt. Für ihn ein Zeichen, dass die Voraussetzungen für eine konstruktive Zusammenarbeit in der Behörde gegeben sind. Für die Weiterleitung des Elternaufrufs habe er sich

indes bei seinen Kollegen entschuldigt.

**Parteien für Rehabilitation**

Während für die Mitglieder der Schulpflege die Vergangenheitsbewältigung nun also abgeschlossen scheint, ist die Sache für die politischen Parteien noch nicht gegessen. So fordert die EVP etwa «eine öffentliche Rehabilitation und Entschuldigung» der Schulpflege gegenüber dem «zu Unrecht Beschuldigten». Auch die SVP erwartet eine «Klarstellung». Immerhin sei der Verdacht gegen Biagini «coram publico», also öffentlich, an der Gemeindeversammlung geäussert worden.

Biaginis Partei, die GLP, schliesslich verschickte noch vor der Schulpflege eine Medienmitteilung, in der sie die Behörde dazu anhält, «weitere unnötige Eskalationen zu vermeiden».

Fabienne Sennhauser